

Standpunkt

Alternativen für eine europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Europa geht anders

In einem modernen Wirtschaftssystem müssen Ökonomie, Ökologie und soziale Folgen als Gesamtkomplex gesehen werden. Nur so kann die Eurokrise bewältigt und eine solidarische Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickelt werden.

Von Anke Martiny

Manchmal kann man am selben Tag und manchmal sogar in derselben Zeitung etwa folgende Nachrichten lesen: Erstens, aufgrund der guten Konjunkturdaten ist der Dax-Index um x Prozentpunkte gestiegen.

Zweitens, die Zahl der über Zeitarbeitsfirmen vermittelten Arbeitsverträge und der Teilzeitjobs hat erneut zugenommen, sodass aufgrund der niedrigen Verdienste die Anzahl der Menschen zugenommen hat, die zusätzlich zu ihrem Monatslohn staatliche Transferleistungen in Anspruch nehmen müssen.

Drittens, eine wissenschaftliche Untersuchung der Universität Mannheim hat gezeigt, dass sich in der Vergangenheit immer wieder die Überlegungen der Automobilindustrie als überzogen herausgestellt haben, ihre Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, weil die Umweltschutz-Auflagen der Europäischen Union wie Katalysator, Höchstverbrauch oder der Ausstoß an Kohlenstoffdioxid für die Branche nicht erfüllbar seien.

In kaum einem Wirtschaftszweig lässt sich der Innovationsschub durch staatliche Vorschriften für Umwelt- und Gesundheitsschutz so deutlich nachweisen wie in der Autoindustrie.

Widersprüchliche Nachrichten

Dass es zwischen Nachrichten dieser oder ähnlicher Art Zusammenhänge gibt und wie diese mutmaßlich aussehen, findet man im Nachrichtenteil der Zeitungen nicht. Selten werden sie auch

im Wirtschaftsteil der Zeitungen hergestellt. Das Institut Solidarische Moderne ISM möchte diese Zusammenhänge herstellen und aufzeigen. Daran arbeiten im Institut Vertreter(innen) von Parteien zusammen mit Menschen aus der Wissenschaft und aus den parteiungebundenen sozialen Bewegungen.

Solidarische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Als jüngstes Arbeitsergebnis hat das Institut das Papier „Umriss einer solidarischen europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vorgelegt. Die Grundlagen für das Papier wurden auf der letztjährigen Summer factory des Instituts gelegt. Seine Vorschläge wollen als Beitrag zum Marshall-Plan des DGB und zur Euro-Memorandum-Gruppe verstanden werden. Sie wurden in einem längeren Prozess zwischen den beteiligten Gruppen im ISM untereinander abgestimmt.

Die Bewältigung der Eurokrise trifft das Mark der europäischen Gesellschaften. Daran ist kein Zweifel möglich. Noch immer fehlt es an öffentlich zugänglichen genauen Analysen darüber, wer eigentlich die wirklichen Profiteure der milliardenschweren Euro-Rettungsaktionen waren und sind. Kann man ausschließen, dass mit Bürgschaften normaler deutscher Steuerzahler auch deutsche Banken gestützt wurden, die sich in Irland, Spanien, Griechenland verspekuliert hatten?

Der Katalog von kurz- und mittelfristig zu ergreifenden Maßnahmen kann hier aus Platzgründen nicht im Einzelnen gewürdigt werden; man findet ihn im Internet [1]. Er unterstreicht, was linke Ökonomen, Gewerkschafter und Parteivertreter andernorts auch fordern. Die Analyse der Auswirkungen der Eurokrise trägt beim ISM allerdings auch einer genderorientierten Perspektive Rechnung. Das ist neu und ein Vorzug dieses Papiers: Wo liest man schon von zusätzlicher unbezahlter „Pflege-Arbeit“ durch Frauen, wenn es um die Folgen von nationalen Sparhaushalten geht?

Die Eurokrise bewältigen

Das Verdienst des Papiers liegt vor allem darin, dass ohne die Kurzzeitperspektive einer immer näher kommenden Bundestagswahl und ohne das Schielen auf Koalitionsmöglichkeiten von einer parteipolitisch fundierten Basis aus formuliert wird, was Menschen umtreibt, die die ökonomische, ökologische und soziale Situation normaler Bürgerinnen und Bürger Europas verbunden sehen und sich weigern, nationale Egoismen und populistische Schuldzuweisungen höher zu schätzen als die Verpflichtung, Europa als Ganzes zu sehen und zu erhalten: Europa geht anders.

Anmerkung

[1] Das Positionspapier ist im Internet erhältlich unter: <https://www.solidarische-moderne.de/serveDocument.php?id=184&file=5/4/c2c.pdf>

AUTORIN + KONTAKT

Anke Martiny war von 1972–1989 bayerische sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und während der rotgrünen Regierungszeit von Walter Momper in Berlin Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten. Seit 1998 ist sie ehrenamtlich tätig für die Nichtregierungsorganisation Transparency International Deutschland und eine der fünf Sprecherinnen des Instituts Solidarische Moderne.

Dr. Anke Martiny,
E-Mail: Anke.Martiny@Solidarische-Moderne.de

Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).